



## 1. Mitteilungen

### Mitteilung des Gemeinderatspräsidenten

Gemeinderatspräsident Sandro Bertoluzzo (FDP) begrüsst die Mitglieder des Gemeinderates und des Stadtrates sowie die Medienvertreter und das Publikum zur 25. Sitzung der Legislaturperiode 2014-2018.

Er orientiert, dass die Einladung zur Sitzung mit der Traktandenliste rechtzeitig versandt und im Glattaler als amtliches Publikationsorgan veröffentlicht wurde.

Es werden keine Einwände gegen die Reihenfolge der Traktanden erhoben.

### *Neue Geschäfte seit dem 2. Oktober 2017*

Der Stadtrat hat keine neuen Geschäfte überwiesen. Auch politische Vorstösse resp. deren Beantwortung sind keine neu eingegangen.

### Fraktions- und persönliche Erklärungen

#### *Fraktionserklärung André Csillaghy (SP/Grüne)*

„In meiner Fraktionserklärung geht es um die Stellungnahme des Stadtrats über den Bericht des Ombudsmanns. Ich habe diese zur Kenntnis genommen. Diese Stellungnahme gibt uns aber leider Anlass zu erneuter Sorge über die Abteilung Soziales. Offenbar hat unsere Fraktion gegenüber der Exekutive diametral entgegengesetzte Ansichten über die Lage. Wir befinden uns in einer grotesken Situation. Wir Gemeinderäte bekommen eine Stellungnahme über einen Bericht, den wir selbst nicht lesen dürfen. Im Grossen und Ganzen besagt die Stellungnahme, dass der geheim gehaltene Bericht nichts Relevantes enthielt und alles in der Abteilung Soziales in Ordnung sei. Die Frage, welches Vorgehen aufwirft, ist, ob der Stadtrat sich selbst beurteilen und gleichzeitig Richter und Angeklagter sein kann. Selbstverständlich nicht. Um genau das zu vermeiden und eine unabhängige Meinung zu haben, wurde ein Ombudsmann eingesetzt. Mit der Geheimhaltung einerseits und der Selbstbeurteilung andererseits widerspricht der Stadtrat seiner ursprünglichen Bemühung, die Situation zu normalisieren. Auch wenn wir verstehen, dass diese Informationen nicht an die Öffentlichkeit gehen dürfen, kann dies jedoch nicht mit einem kurzen Brief vom Tisch gewischt werden. Für uns ist es insofern äusserst relevant, da die Stellungnahme einiges mehr preisgibt, als sie dies vermutlich beabsichtigt hat. Nur schon aus den wenigen Informationen sieht man den Rauch, welcher zeigt, dass es auch ein Feuer gibt. Die Anhaltspunkte für unsere Interpretation der Stellungnahme sind folgende: Die Anzahl der Vorfälle und der Zeitrahmen, den es für die Stellungnahme gebraucht hat. Schauen wir uns die Anzahl der Vorfälle einmal an. 25 bei der Abteilung Soziales und 6 in anderen Bereichen. Allein 25 Vorfälle zwischen November 2016 und April 2017, wobei alle 25 Vorfälle von untergeordneter Bedeutung gewesen sein sollen. Dies passt für uns gar nicht zusammen. Auch wenn jeder einzelne Fall von untergeordneter Bedeutung wäre, dann wäre allein die Anzahl der Fälle mehr als bedenklich. Innerhalb von fünf Monaten haben 25 Personen den Mut gefunden, diesen Schritt zu wagen und haben sich beim Ombudsmann gemeldet. Die Personen, welche sich gemeldet haben, müssen schon ziemlich verärgert gewesen sein, bevor sie sich beschwerten gingen. Ich persönlich würde diesen Schritt erst machen, wenn ich tatsächlich derart unzufrieden wäre und die Sache deshalb für mich als Kläger nicht mehr von untergeordneter Bedeutung wäre. Dies ist aber wahrscheinlich nur die Spitze des Eisberges. Machen wir doch eine kurze Hochrechnung. Die meisten Personen, sofern sie nicht der lokalen Dorfpolitik folgen oder mit uns resp. einer anderen Organisation in Kontakt sind, wissen gar nicht, dass es überhaupt eine Ombudsstelle gibt, da sie nicht automatisch über ihre Rechte aufgeklärt werden. Auch die Abteilung Soziales macht sie nicht darauf aufmerksam. Der zweite Punkt betrifft die Flüchtlinge. Die meisten Flüchtlinge gehen sicher nicht zur Ombudsstelle, um sich



zu beklagen. Denn sie können ja nicht einschätzen, welche Auswirkungen dies auf ihre persönliche Situation haben könnte. Jedoch wissen wir aus zuverlässigen Quellen, dass genau diese Kategorien von Menschen am meisten betroffen sind. Wir müssen also davon ausgehen, dass die Anzahl Menschen, die unzufrieden sind, viel höher ist, als diese 25. Auch kann man davon ausgehen, dass einige der nicht gemeldeten Fälle auch schwerwiegender sind, als die gemeldeten, da diese Personen offenbar Angst haben, ihre Situation könnte sich noch weiter verschlechtern. Sie haben Angst davor, die offizielle Stelle, welche sie anklagen, könnte gleichzeitig die Rolle des Richters einnehmen. Und was diese Aussagen auch zeigen, ist, dass sie zu Recht Angst haben, weil der Stadtrat genau das gemacht hat. Der Stadtrat kann und sollte nicht entscheiden, wann Fälle von untergeordneter Bedeutung sind. Insbesondere dann nicht, wenn er selber in solche Angelegenheiten verwickelt ist. Der Stadtrat kann somit nicht die Messlatte dafür anlegen, wann etwas von untergeordneter Bedeutung ist. Kurz möchte ich auch etwas zum Zeitrahmen sagen, die es für diese Stellungnahme gebraucht hat. Der Bericht wurde im April 2017 abgegeben, somit hat die Erstellung der Stellungnahme ganze sechs Monate gedauert. Entweder war dies äusserst ineffizient oder es stellt sich heraus, dass solche Bagatellen eben doch keine sind resp. die Fälle doch nicht von untergeordneter Bedeutung waren. Was machen wir nun mit dieser Situation? Wir sehen natürlich ein, dass nicht jede Information öffentlich gemacht werden kann. Jedoch gibt es einen klar definierten Weg, wie mit solchen Situationen umzugehen ist. Der Bericht sollte an die Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission (GRPK) weitergeleitet werden. Die GRPK und nicht der Stadtrat sollte sich mit der Bedeutung solcher Fälle beschäftigen. Auch sollte man hier unbedingt Expertinnen oder Experten hinzuziehen, welche ihre Beurteilung auch aus einem professionellen Blickwinkel abgeben können. Integration fasst zusammen, wie der Umgang mit Menschen, die Probleme haben, sein sollte und ist nicht nur eine Angelegenheit der linken Parteien resp. Fraktionen. Eine Abteilung Soziales sollte für alle Menschen ihrer Gemeinde da sein. Es ist eine wichtige Institution, die einen entscheidenden Beitrag dazu leisten kann und auch sollte, eine stabile Gesellschaft aufzubauen. Denn niemand ist vor einer Krise geschützt.“

#### *Fraktionserklärung Patrick Walder (für alle Fraktionen im Gemeinderat)*

„Als Vertreter der wählerstärksten Fraktion verlese ich im Namen sämtlicher Fraktionen folgende Erklärung. Am 13.09.2017 wurde von sämtlichen in diesem Parlament vertretenen Parteien nachfolgender Brief als „offener Brief“ an die Redaktion des Glattaler versendet. Da dieser im Glattaler nicht abgedruckt wurde, lese ich ihn Ihnen jetzt vor:

*„Sehr geehrte Damen und Herren der Redaktion des „Glattaler“*

*Im „Glattaler“ vom 8. September 2017 informierte die Redaktion auf Seite 23, dass „die nationalen Parolen in dieser Ausgabe zum letzten Mal“ veröffentlicht werden. Diese Mitteilung veranlasst sämtliche Parteien, welche im Gemeinderat Dübendorf vertreten sind (SVP / glp/GEU / SP / BDP / FDP / CVP / GP / EVP / EDU), gemeinsam mit einem offenen Brief an die Redaktion des „Glattaler“ zu gelangen.*

*Viele Dübendorferinnen und Dübendorfer haben es geschätzt, dass die Parolen der Parteien übersichtlich und ausgewogen über sämtliche Abstimmungsthemen im „Glattaler“ publiziert wurden. Dies ermöglichte den Leserinnen und Lesern eine schnelle und unkomplizierte Übersicht der Parolen der örtlichen Parteien und galt als beliebte Abstimmungshilfe.*

*Weiter wurde es von vielen Leserinnen und Leser geschätzt, dass jeweils ein offizieller Leserbrief der Parteien im Nachgang zu deren Parteiversammlungen vor den Abstimmungen erschienen ist, bei welchem die Argumente der Parteien zu sämtlichen Themen (kommunal, kantonal und eidgenössisch) ersichtlich waren. Neben dem Informationsgehalt führte dies mehrheitlich in den Leserbriefspalten zu einer ausgewogenen Information. Da viele redaktionelle Artikel jeweils unter der Woche bereits im ZOL/AVU erschienen sind, hat sich der „Glattaler“ für Dübendorf dahingehend abgehoben, dass die lokalen*



*Sport-, Kulturvereine und Parteien eine genügende Plattform hatten. Die Parteien sehen dies mit der Ankündigung im letzten „Glattaler“ auf Seite 23 in Gefahr. Mit diesem Schreiben wollen die Parteien keinesfalls in die journalistischen Freiheiten des „Glattaler“ eingreifen, jedoch in deren redaktionellen Ausrichtung. Sämtliche Parteien, welche im Gemeinderat Dübendorf vertreten sind, fordern den „Glattaler“ auf:*

- *sämtliche Parolen zu den Abstimmungen, welche von den Parteien bei der Redaktion eingehen, weiterhin übersichtlich, vollständig und rechtzeitig zu publizieren;*
- *den Parteien nach ihren Parteiversammlungen jeweils einen offiziellen Leserbrief zuzugestehen und diesen in der nächst möglichen Ausgabe des Glattaler zu publizieren;*
- *„Eingesandte“ der Parteien zu Veranstaltungen und Standaktionen zu publizieren;*
- *die bereits früher angekündigte strikte Reduzierung der Leserbriefe (2x Pro und 2x Contra pro Thema) zu überdenken.*

*Weiter fordern die Parteien den „Glattaler“ auf, vermehrt wieder den weiteren Organisationen, insbesondere den Kultur- und Sportvereinen, eine Plattform zur Verfügung zu stellen. Gerne erwarten wir Ihre Antwort auf dieses Schreiben im „Glattaler“.*

*Für die Parteien, in der Reihenfolge ihrer Wähleranteile (gültig ohne Unterschrift)*

*SVP Dübendorf  
Patrick Walder*

*glp/GEU Dübendorf  
Marcel Drescher*

*SP Dübendorf  
Theo Zobrist*

*BDP Dübendorf  
Maja Ziörjen*

*FDP Dübendorf  
Adrian Ineichen*

*CVP Dübendorf  
Remo Stadler*

*Grüne Partei Dübendorf  
Flavia Sutter*

*EVP Dübendorf  
Daniel Reiss*

*EDU Dübendorf  
Arthur Gasser*

*Kopie geht an:*

- *Stadtrat Dübendorf, Usterstrasse 2, 8600 Dübendorf (z.H. Gesamt-Stadtrat)*
- *Zürcher Oberland Medien AG, Rapperswilstrasse 1, 8620 Wetzikon (Verlag)“*

Leider mussten die Parteien feststellen, dass weder dieser offene Brief noch die Antwort der Redaktion im Glattaler publiziert wurden. Dies enttäuscht die Dübendorfer Parteien ein weiteres Mal, wäre doch eine öffentliche Diskussion über das amtliche Publikationsorgan Dübendorfs sehr wünschenswert gewesen. Mit Schreiben vom 22. September 2017 nahm nicht der Redaktionsleiter sondern die stellvertretende Redaktionsleiterin Stellung. Im Antwortschreiben teilte die Redaktion unmissverständlich mit, dass die Redaktion des Glattaler an den angekündigten und von allen Dübendorfer Parteien kritisierten Veränderungen festhalten will. Unter anderem wird auch ausgeführt, Zitat:

*„...dass es nicht Aufgabe einer Lokalzeitung sein kann, sich auf die kantonalen und nationalen Debatten einzulassen - ausser natürlich, wenn das Thema die lokale Bevölkerung angeht, wie beispielsweise die Flugbewegungen in Kloten.“*

Fraktionen und Parteien sind erstaunt über die Ansicht der Redaktion, dass kantonale und nationale Abstimmungen und Debatten die Bevölkerung Dübendorfs „nichts angehen“ sollen. Alle Parteien und Fraktionen möchten nochmals klar zum Ausdruck bringen, dass Entscheidungen auf kantonaler und nationaler Ebene die Dübendorfer Bevölkerung sehr wohl etwas angehen. Daraus entstehende Konsequenzen müssen ja von der lokalen Bevölkerung mitgetragen werden. Weiter vertritt die Redaktion die Auffassung, dass der Glattaler mit den beschlossenen Veränderungen ein „starkes Blatt“ sein kann. Mit der Verabschiedung der Redaktion von einer informativen politischen Berichterstattung und der massiven Reduktion von Publikationen von Stellungnahmen der Parteien und Fraktionen, geht aus Sicht letzterer die Reise genau in die gegenteilige Richtung. Da die Redaktion des Glattalers die öffentliche Diskussion offensichtlich nicht führen will und die Unzufriedenheit der Politik über die re-



daktionelle Ausrichtung nicht publizieren möchte - obwohl es sich hierbei um ein lokales und wichtiges Thema handelt - wird der Stadtrat aufgefordert, sich folgenden Fragen anzunehmen:

- Hat der Stadtrat, der Kenntnis vom Schreiben der Parteien hat, das Gespräch mit der Redaktion des Glattalers gesucht?
- Welche Kostenfolgen für die Stadt haben Publikationen, Inserate und amtliche Mitteilungen der Stadt Dübendorf im Glattaler?
- Gibt es aus Sicht des Stadtrats Optionen betreffend amtlichem Publikationsorgan der Stadt Dübendorf, auch unter Berücksichtigung des neuen Gemeindegesetzes?

Diese Fraktionserklärung mit den drei vorgängigen Fragen ist zusätzlich als schriftliche Anfrage im Sinne von Art. 52 der Geschäftsordnung des Gemeinderats gedacht und wird in dieser Form dem Büro des Gemeinderats eingereicht, mit meiner Person als Erstunterzeichner.“

Die Richtigkeit bescheinigt

Beatrix Pelican  
Gemeinderatssekretärin